



Früher gut. Heute gut.

100g Schnitzel unter 6% Fett **0.89 Euro**
 100g Hacksteak zum selber backen **0.90 Euro**
 100g Feine Leberwurst Delikatess, eigene Herstellung **1.05 Euro**
 100g Schmierwurst traditionell hergestellt **0.95 Euro**

Röntgenstraße 21 | 57078 Siegen-Geisweid
 Telefon 0271. 8.11126 | www.fleischeri-weber.de



Lafontaine tritt ab

Linke-Chef: Rückzug aus Bundespolitik

Berlin. Linke-Chef Oskar Lafontaine zieht sich wegen seiner Krebserkrankung aus der Bundespolitik zurück. Der 66-Jährige kündigte gestern nach einer Sitzung des Parteivorstands in Berlin an, er werde sein Bundestagsmandat „umgehend“ niederlegen und beim Parteitag der Linken im Mai nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden kandidieren. Den Fraktionsvorsitz im saarländischen Landtag behält er. Lafontaine betonte, es gebe für seinen Schritt „ausschließlich gesundheitliche Gründe“. Wie die künftige Parteispitze aussehen könnte, ist bislang unklar.

Im November musste sich Lafontaine einer Krebsoperation unterziehen und ist weiterhin in Behandlung. Im Oktober hatte er sich bereits aus der Spitze der Bundestagsfraktion zurückgezogen. Seine weitere politische Zukunft hatte er bislang offengelassen. Lafontaine sagte, er habe „über Monate über diese Frage nachgedacht“. Die Entscheidung sei ihm „sehr schwer gefallen“. Er habe im

vergangenen Jahr „eine Reihe von gesundheitlichen Attacken“ überwinden müssen. Die Krebsdiagnose sei ein Warnschuss gewesen, den „man nicht so ohne Weiteres wegstecken kann“. Sein Schritt habe „nichts, aber auch gar nichts“ mit den parteiinternen Personalquerelen zu tun. Es habe zwar Auseinandersetzungen gegeben. Von einem Machtkampf zwischen ihm und Linke-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch könne jedoch keine Rede sein. Lafontaine sagte, er werde seine Aufgaben bis zum Parteitag „zu Ende führen“ und auch im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf aktiv sein, soweit seine Gesundheit das zulasse. Vom Saarland aus will sich der Linke-Mitbegründer an der Programmdiskussion beteiligen und „ab und zu zur Bundespolitik etwas sagen“.

Politiker anderer Parteien reagierten mit Verständnis auf Lafontaines Entscheidung. SPD und Grüne werteten den Rückzug als möglichen Wendepunkt für die Linke. (ddp)



Kein Stop geplant: Das Atomkraftwerk Biblis A soll nach Ansicht der Landes- und der Bundesregierung noch zehn Jahre lang Strom liefern. „Das ist vorstellbar“, erklärte die hessische Umweltministerin Silke Lautenschläger (CDU). Doch auch die anderen 17 Atommeiler sollen am Netz bleiben. Foto: ddp

Weiter am Netz

Laut Medienberichten sollen alle Atommeiler weiterlaufen

Berlin/Wiesbaden. Die Bundesregierung will angeblich alle 17 noch laufenden Atommeiler vorerst weiter am Netz halten. Darauf habe sich die Regierung bei einem Treffen mit den Energieversorgungsunternehmen im Kanzleramt festgelegt, berichtete ein Magazin gestern vorab. Auch die Uraltmeiler Biblis A und Neckarwestheim 1, die nach dem rot-grünen Atomkonsens bald abgeschaltet werden müssten, sollen so lange weiterbetrieben werden, bis sich die schwarz-gelbe Regierung auf ein neues Energiekonzept verständigt hat, schreibt das Magazin. Dieses Konzept dürfte bis Oktober vorliegen, heißt es.

Um die Kraftwerke weiterlaufen zu lassen, sollen sich dem Bericht zufolge die Energiekonzerne eines Tricks bedienen: Sie sollen nicht verbrauchte Stromkontingente von anderen Anlagen auf die Reaktoren Neckarwestheim und Biblis übertragen dürfen. Über die Details des Laufzeittransfers müssten

die Betreiber untereinander verständigen. Über das Vorhaben der Regierung, die Laufzeiten generell zu verlängern, werde erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai entschieden. Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel nannte die angeblich geplante Laufzeitverlängerung ein „weiteres Beispiel für die blanke Klientelpolitik“ der Bundesregierung. Hessen sei aufgrund der beiden Meiler in Biblis besonders betroffen. Die Atomkraft sei eine letztlich nicht beherrschbare Hochrisikotechnologie, die Endlagerung des atomaren Mülls weder geklärt noch finanziert, sagte Schäfer-Gümbel. Die SPD fordere, Biblis planmäßig vom Netz zu nehmen.

SPD-Chef Sigmar Gabriel warf der Regierung im Zusammenhang mit der geplanten Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke „schmutzige Deals“ vor. Gabriel sagte gestern in Berlin, Bundeskanzlerin Angela

Merkel (CDU) habe „Angst vor der Wahl in NRW und will das Thema bis dahin durch Tricksen und Täuschen verstecken“. Der SPD-Chef fügte an: „Aber die schmutzigen Deals sind in Wahrheit alle schon gemacht: Die alten AKWs laufen weiter, die Atomlobby verdient Milliarden und ein paar Hundert Millionen landen als Brosamen bei der Regierung.“

Gabriel warnte: „Nirgendwo ist blinde Lobbypolitik so gefährlich wie bei der Atomkraft.“ Wer uralte Pannen-Meiler wie Biblis A unbegrenzt am Netz lasse, setze die Profite der Atomindustrie über die Sicherheit. Die Bundesregierung zementiere die Monopolstellung der vier großen Stromkonzerne. Längere Laufzeiten bedeuteten zudem mehr Atommüll. Gabriel betonte: „Es ist beschämend, dass die Bundesregierung auch im Bereich der Energiepolitik Lobbyinteressen bedient, anstatt das Gemeinwohl zu verfolgen.“ (ddp)



Oskar Lafontaine (links, mit Gregor Gysi) will sich aus der Bundespolitik zurückziehen. Der Chef der Linkspartei sagte, er werde sein Bundestagsmandat niederlegen und beim Parteitag im Mai nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden kandidieren. Foto: ddp

Schlechte Umfrage

Rüttgers ist der CDU-Spitzenkandidat

Essen. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist Spitzenkandidat der Landes-CDU für die Landtagswahl am 9. Mai. Wie die CDU mitteilte, erhielt der Landesvorsitzende der Christdemokraten 97,8 Prozent der Delegiertenstimmen bei einer Landesvertreterversammlung in Essen. Rüttgers war bereits bei den Landtagswahlen 2000 und 2005 CDU-Spitzenkandidat gewesen.

Auf den weiteren CDU-Listenplätzen folgen Umweltminister Eckhard Uhlenberg (97,8 Prozent), Landtagspräsidentin Regina van Dinter (95,2 Prozent) und Arbeitsminister Karl-

Josef Laumann (97,4 Prozent). Vordere Plätze erhielten auch der Chef der Ruhrgebiets-CDU, Oliver Wittke, und Schulministerin Barbara Sommer.

Laut einer aktuellen Umfrage von Infratest dimap hat die CDU/FDP-Landesregierung von Ministerpräsident Rüttgers keine Mehrheit mehr. Die CDU liegt derzeit bei 36 Prozent, die SPD kommt auf 32 Prozent. Dritte Kraft sind die Grünen mit 12 Prozent. Die FDP erreicht 9 Prozent, die Linke kommt auf 6 Prozent. Weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün hätten damit eine Mehrheit im nächsten Landtag. (ddp)

Kurz & bündig informiert

DGB-Chef fordert Mindestlohn

Chemnitz. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hält einen gesetzlichen Mindestlohn über den bisher geforderten 7,50 Euro für notwendig. Wie der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der Bezirkskonferenz Sachsen gestern in Chemnitz sagte, wolle sich der DGB angesichts der ab 1. Mai 2011 geltenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU für höhere Mindestlöhne einsetzen. Über konkrete Mindestlohngrenzen werde der nächste DGB-Kongress beraten. Mindestlöhne seien notwendig zur Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping, sagte Sommer. (ddp)

Körperscanner frühestens 2011

Berlin. Die Einführung von Körperscannern an deutschen Flughäfen wird sich möglicherweise um ein Jahr verzögern. Entgegen ursprünglichen Planungen seien die Geräte, die derzeit bei der Forschungs- und Erprobungsstelle der Bundespolizei in Lübeck getestet würden, für den Einsatz in der Praxis noch nicht geeignet, berichtete ein Magazin gestern. So sei es bei Versuchen gelungen, unter bestimmten Voraussetzungen Sprengstoff unerkannt durch die Kontrolle zu bringen. Im Bundespolizeipräsidium in Potsdam werde deshalb intern damit gerechnet, dass die Geräte frühestens im Sommer 2011 an Flughäfen installiert werden könnten. (ddp)

Internationale Maßnahmen

Bundesregierung plant eine Konferenz zur Bankenregulierung

Berlin. Das Bundesfinanzministerium plant eine große internationale Konferenz zur Verschärfung der Bankenregulierung. Das Treffen solle Ende Mai in Berlin stattfinden, berichtete ein Nachrichtenmagazin. Ziel sei es, den Abstimmungsprozess im G20-Rahmen der Industriestaaten und großen Schwellenländer zu beschleunigen. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) planten einen gemeinsamen Auftritt bei der Konferenz.

Schäuble meinte in einer Sonntagszeitung: „Wichtig ist, dass wir international jetzt nicht in unserem Bemühen um eine bessere Regulierung nachlassen.“ Er begrüßte grundsätzlich die jüngsten Regulierungs-ideen von US-Präsident Barack Obama. „Ich finde es eine erfreuliche Entwicklung, dass sich auch in den USA auf diesem Feld etwas bewegt“, sagte Schäuble und fügte hinzu: „Da-

mit ist die Chance, dass wir eine gemeinsame Lösung finden, deutlich größer geworden.“

Die Bundesregierung strebe international abgestimmte Maßnahmen an. „Wir werden in diese Debatte auch eigene Ideen einbringen.“ Bis zum Frühjahr werde das Bundesfinanzministerium in enger Abstimmung mit dem Kanzleramt einen Vorschlag formulieren, sagte Schäuble weiter. Wie die Amerikaner wolle auch die deutsche Regierung, dass der „Finanzsektor angemessen an den Kosten der aktuellen Krise und auch künftiger Finanzkrisen beteiligt wird“. Sollte es nicht zu einer internationalen Einigung kommen, müssten notfalls die Europäer vorangehen, der Westen habe eine gewaltige Verantwortung. „Schließlich haben wir die Dynamik der Globalisierung maßgeblich mitgeprägt“, so Schäuble. Zugleich kündigte er an, dass die Bundesregierung die Vorschläge des Fi-

nanzial Stability Board zur Vergütung von Bankmanagern in Deutschland „auch im Rahmen eines Gesetzes sicherstellen“ werde. Orientiert sich das Gesetz an den FSB-Vorschlägen, dürften die Banker künftig weder garantierte Boni noch an kurzfristige Erfolge gekoppelte Bonuszahlungen erhalten.

US-Präsident Barack Obama hatte zuletzt mit einem Vorstoß neue Bewegung in die Debatte um die Bankenregulierung gebracht. Nach dem Willen Obamas sollen Geschäftsbanken in Zukunft auf Eigenhandel und riskante Investments verzichten. Der Plan des Weißen Hauses sieht außerdem vor, dass Geschäftsbanken und Institutionen, die Banken besitzen, weder Hedgefonds noch Beteiligungsgesellschaften besitzen und auch nicht in solche investieren dürfen. Schranken will Obama Finanzgesellschaften auch hinsichtlich ihrer Größe auferlegen. (ddp)

WSV
 30% Wintermode
 50% radikal reduziert
 70%
 Alles muss raus!!!
 Fashion and Fun
 Zweimal in Hof
Schütz
 Mode anziehen und erleben
 56472 Hof - Hauptstr. 7 + 16
 Tel.: 02661 - 5775 www.schuetz-mode.de

Sonntags zwischen Kirche und Kuchen:
Autoschau
 von 11.00 bis 17.00 Uhr
 Siegen, Weidenauer Str. 243
 Kreuztal-Fellinghausen · Heesstraße 127
AUTOHAUS KELLER
 KREUZTAL | OLPE | SIEGEN
 Außerhalb der gesetzlichen Öffnungszeiten keine Beratung, kein Verkauf.

THE ULTIMATE TRIBAL PRODUCTION BRANDS PRESENTS:
JACKO
 A TRIBUTE TO MICHAEL JACKSON
 100% LIVE SINGING, DANCING AND MUSIC!
 Siegerlandhalle Siegen
 Dienstag · 2.2. · 20 Uhr
 Karten bei Konzertkasse Siegen, Obergraben 39, Tel. 0271/543330, Siegen
 oder Konzertkasse Siegen, Tel. 0271/230227, Siegen
 CTIS-Vorverkaufsstellen, Tel. Karten Service: 0271/23288
Sieger Zeitung
Konzertkasse Siegen
 Obergraben 39
 Telefon (02 71)
59 40-350
 www.konzertkasse-siegen.de

DEUTSCHE SELBSTHILFE ANGENEBRE IMMUNDEFEKTE E. V.
 www.dsai.de
 Frühe Diagnose ist entscheidend.
 HABEN SIE ODER IHR KIND STÄNDIG SCHWERE INFESTIONEN? VIELLEICHT IST ES EIN ANGENEBRE IMMUNDEFEKT. DIE DUNKELZIFFER LIEGT BEI RUND 100.000 MENSCHEN IN DEUTSCHLAND, ABER NUR 700 FÄLLE SIND ERKANNT. FRÜHERKENNUNG KANN LEBEN RETTEN.
dsai
 PLASMA SPENDEN RETTET LEBEN. AUS PLASMA WERDEN LEBENSNOTWENDIGE MEDIKAMENTE HERGESTELLT.

MERBOLD ELEKTROTECHNIK GMBH
 Zum Förderturm 4a · 57562 Herdorf
 Beratung rund um die Uhr unter www.merbold-elektrotechnik.net
0 27 44 / 9 31 78-0
 oder **01 71 / 5 32 30 74**
 Öffnungszeiten Verkauf:
 Mo. u. Mi. 8.00-17.00 Uhr
 Di., Do. u. Fr. 8.00-12.00 Uhr
 oder nach telef. Absprache
 Ihr Fachbetrieb für:
 • Industrielektrik, Wartung und Kundendienst • Elektroinstallationen aller Art für Privat und Gewerbe • Schaltschrankbau
 • Mess- und Regeltechnik • Telefon und Sprachanlagen • Wärmespeicheranlagen • Vermietung von Notstromaggregaten
 • Erkennen von Brandgefahr und Isolationsfehlern mit Wärmebildkamera • Überprüfung v. elektr. Handgeräten nach BGW3 • Planung, Beratung und Verkauf

SWA
 Damit es **JEDER** erfährt.

Impressum Sonntags-Anzeiger SWA

Herausgeber: Siegerländer Wochen-Anzeiger GmbH & Co. KG, Obergraben 39, 57072 Siegen, Telefon (02 71) 59 40 - 3 69, www.swa-wwa.de; Druck: Vorländer GmbH & Co. KG, Siegen; anzeigen@swa-wwa.de, redaktion@swa-wwa.de, vertrieb@swa-wwa.de
 Redaktion: Nicole Klappert und Anja Weller – Tel. (02 71) 59 40 - 3 07 / 3 15;
 Tel. Anzeigenannahme (02 71) 59 40 - 3 33 verantwortl. für den Anzeigenteil: Elisabeth Trapp.
 Geschäftsstellen: Siegen, Obergraben 39; Olpe, Mühlenstr. 3; Kreuztal, Marburger Str. 17;
 Bad Berleburg, Poststr. 34; Betzdorf, Decizer Str. 6.
 Vertrieb: (02 71) 59 40 - 3 95. – Erscheint einmal wöchentlich. Anzeigenpreisliste Nr. 18 gültig.